Finanzkommission

Antrag

Vom 04. Juni 2014

Nr. RG 049/2014

1. Gesetz über die Pensionskasse Kanton Solothurn 2. Vorsorgereglement der Pensionskasse Kanton Solothurn

Beschlussesentwurf 1

§ 8 Abs. 1 Bst. b) soll lauten:

b) für die versicherten Personen ab Alter 25 bis zur Vollendung des ordentlichen Rentenalters der Männer nach Bundesrecht: 16 Prozent des versicherten Lohnes.

§ 12 Abs. 2 und 3 sollen gestrichen werden.

§ 12 Abs. 4 soll lauten:

⁴ Im Falle einer Unterdeckung und sofern andere Massnahmen zu deren Behebung innerhalb einer angemessenen Frist voraussichtlich nicht ausreichen, leisten die Arbeitgeber ab dem 1. Januar des Folgejahres folgende Sanierungsbeiträge auf den versicherten Löhnen:

- a) bei einem Deckungsgrad von 98 Prozent und höher mindestens **2** Prozent, maximal **3** Prozent;
- b) bei einem Deckungsgrad von 95 Prozent und höher mindestens **3** Prozent, maximal **4** Prozent;
- c) bei einem Deckungsgrad von 90 Prozent und höher mindestens **4** Prozent, maximal **6** Prozent;
- d) bei einem Deckungsgrad unter 90 Prozent mindestens **6** Prozent, maximal **8** Prozent.

§ 12 Absatz 6 soll lauten:

⁶ Sofern sich die Massnahmen nach den Absätzen **4 und 5** als ungenügend erweisen, kann von den Rentnern im Rahmen der bundesrechtlichen Möglichkeiten ein Beitrag zur Behebung der Unterdeckung erhoben werden.

§ 12 Absatz 7 soll lauten:

⁷ Erweisen sich die Massnahmen nach den Absätzen **4 bis 6** als ungenügend, kann die Pensionskasse im Rahmen der Schattenrechnung nach BVG den Mindestzinssatz nach BVG während der Dauer der Unterdeckung im Rahmen der bundesrechtlichen Möglichkeiten unterschreiten.

§ 16 Abs. 3 Bst. a) soll gestrichen werden.

§ 16. Abs. 3 Bst b) soll lauten:

b) **Vier** Mitglieder als Vertreter oder Vertreterinnen des Staates;

§ 16 Absatz 5 soll lauten:

⁵ Den Vorsitz führen abwechselnd je für eine Amtsperiode ein Vertreter oder eine Vertreterin des Staates und der Arbeitnehmenden. Wenn ein Vertreter oder eine Vertreterin des Staates den Vorsitz führt, ist der Vizepräsident oder die Vizepräsidentin aus dem Kreis der Arbeitnehmendenvertreter zu wählen. Wenn ein Vertreter oder eine Vertreterin der Arbeitnehmenden

den Vorsitz führt, ist ein Vertreter oder eine Vertreterin des Staates Vizepräsident oder Vizepräsidentin.

Kapitel 7.V1 Übergangs- und Schlussbestimmungen (Variante 1)

§ 24 V1 Abs. 2 Bst. b) soll lauten:

b) einen Beitrag von **4.5** Prozent auf den versicherten Löhnen der Versicherten gemäss § 8 Absatz 1 Buchstabe b.

§ 24 V1 Abs. 3 Bst. b) soll lauten:

b) einen Beitrag von **4.5** Prozent auf den versicherten Löhnen seiner Versicherten gemäss § 8 Absatz 1 Buchstabe b;

§ 25 V1 Absatz 3 Satz 1 soll lauten:

Der Regierungsrat kann den in § 24 Absatz 2 Buchstabe b und Absatz 3 Buchstabe b festgelegten Beitragssatz von **4.5** Prozent reduzieren, wenn die gesamte Annuität des Kantons gemäss § 24 Absatz 1 durch die reduzierten Beiträge zusammen mit den festen Annuitäten des Kantons Solothurn unter Berücksichtigung einer Sicherheitsmarge voraussichtlich abgedeckt ist.

Kapitel 7.V2 Übergangs- und Schlussbestimmungen mit § 22 V2 -§ 27 V2 (Variante 2) soll gestrichen werden.

Eventualantrag falls Variante 2 nicht gestrichen wird:

Kapitel 7.V2 Übergangs- und Schlussbestimmungen (Variante 2)

§ 24 V2 Absatz 2 soll lauten:

Die Träger der Volksschulen leisten in der Zeitspanne von 2015 bis und mit 2054 einen Beitrag von **4.5** Prozent auf den versicherten Löhnen ihrer Versicherten gemäss § 8 Absatz 2 Buchstabe a.

§ 24 V2 Abs. 3 Bst. a soll lauten:

a) Einen Beitrag von **4.5** Prozent auf den versicherten Löhnen seiner Versicherten gemäss § 8 Absatz 1 Buchstabe b;

§ 25 V2 Absatz 2 Satz 1 soll lauten:

Der Regierungsrat kann zuerst den in § 24 V2 Absatz 3 Buchstabe a erwähnten Beitragssatz des Kantons von **4.5** Prozent und danach auch den in § 24 V2 Absatz 2 erwähnten Beitragssatz der Träger der Volksschulen von **4.5** Prozent reduzieren, wenn die gesamte Annuität des Kantons gemäss § 24 V2 Absatz 1 durch die reduzierten Beiträge unter Berücksichtigung einer Sicherheitsmarge voraussichtlich abgedeckt ist.

Als Ziffer V soll eingefügt werden:

Der Kantonsrat unterstellt den Beschluss von sich aus gemäss Artikel 35 Absatz 1 Buchstabe k der Verfassung des Kantons Solothurn (KV) vom 8. Juni 1986 der Volksabstimmung.

Im Übrigen Zustimmung zu den Beschlussesentwürfen 1 und 2 des Regierungsrats.

Für die Finanzkommission:

Präsident: Aktuarin:
Beat Loosli Jolanda Malovini

Sprecher/in der Kommission: Beat Loosli.

Die Stellungnahme des Regierungsrats folgt später.